

**Wirtschaftsvereinigung Stahl**

Sohnstraße 65  
40237 Düsseldorf

Fon +49 (0) 211 67 07-0  
Fax +49 (0) 211 67 07-310

Mail [info@wvstahl.de](mailto:info@wvstahl.de)  
Web [www.stahl-online.de](http://www.stahl-online.de)

Blog [www.stahl-blog.de](http://www.stahl-blog.de)  
Facebook [www.facebook.com/stahlonline](http://www.facebook.com/stahlonline)  
Twitter [www.twitter.com/stahl\\_online](http://www.twitter.com/stahl_online)  
YouTube [www.youtube.com/stahlonline](http://www.youtube.com/stahlonline)

# 1. Nationaler Stahlgipfel

## Positionen der Stahlindustrie in Deutschland

**22. Oktober 2018, Saarbrücken**



Wirtschaftsvereinigung  
Stahl



Wirtschaftsvereinigung  
Stahl

**D**ie Stahlindustrie in Deutschland begrüßt die Allianz der Bundesländer und das Ziel, sich für die politischen Interessen der Branche in Berlin und Brüssel gemeinsam noch stärker einzusetzen. Die Stahlindustrie befürwortet alle Initiativen, diese Allianz auf weitere Regionen in Europa auszuweiten. Eine starke Stahlindustrie ist die Basis für viele erfolgreiche industrielle Wertschöpfungsketten in Deutschland und anderen Ländern der EU. Mit der Digitalisierung entstehen durch die Verbindung von Informations- und Produktionstechnologie für diese regionalen Netzwerke neue Chancen im internationalen Wettbewerb.



Die **globale Strukturkrise** beim Stahl ist mit weltweit über 500 Mio. t Überkapazitäten nicht überwunden. Im Rahmen internationaler Organisationen (G20, Welthandelsorganisation (WTO)) müssen Lösungen für den Abbau wettbewerbsverzerrender Subventionen, allen voran in China, gefunden werden. Die Gefahr von massiven Handelsumlenkungen in den EU-Markt als Folge u. a. des US-Protektionismus macht EU-Schutzmaßnahmen entsprechend den Regeln der WTO bei gleichzeitiger Sicherstellung traditioneller Importlieferungen unverzichtbar. Notwendig ist ein starkes, politisches Signal für endgültige Maßnahmen.



Die **Energiewende** in Deutschland wird nur mit einer wettbewerbsfähigen Industrie und intakten Wertschöpfungsketten gelingen. Energieintensive Industrien wie die Stahlindustrie brauchen mit Blick auf ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit daher Entlastungen von den Kosten, die politische Entscheidungen zur Energiewende u. a. bei der Stromversorgung mit sich bringen. Ein möglicher beschleunigter Kohleausstieg darf nicht zu einer weiteren Belastung der Stahlindustrie führen und muss im ersten Schritt um eine Folgeschätzung im Hinblick auf ihre Wettbewerbsfähigkeit ergänzt werden. Dies betrifft insbesondere den zu erwartenden Anstieg der Strompreise. Der Bericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ muss die industriepolitischen Implikationen eines Kohleausstiegs mitberücksichtigen.



Durch den **EU-Emissionsrechtehandel** drohen der Stahlindustrie gravierende internationale Wettbewerbsnachteile. Die technisch nicht umsetzbaren Minderungsvorgaben und die absehbaren erheblichen CO<sub>2</sub>-bedingten Strompreissteigerungen müssen auch national ausgeglichen werden. Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit ist eine entscheidende Voraussetzung, damit die EU-Stahlindustrie erfolgreich an ihren Standorten weiter investieren kann.



Die Stahlindustrie bekennt sich zum **Klimaschutz**. Deutschland und die EU wollen ihren Ausstoß an Treibhausgasen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent verringern. Die Stahlunternehmen forschen, entwickeln und investieren daher verstärkt in CO<sub>2</sub>-arme Technologien. Eine solche Transformation der Stahlindustrie wäre beispiellos in der Geschichte der Stahlherstellung. Projekte zu einer radikalen Treibhausgasreduzierung der Stahlerzeugung müssen zwingend durch langfristig angelegte regulative Rahmenbedingungen unterstützt werden. Dazu gehören umfassende Förderungen von Forschung, Entwicklung und Umsetzung in den industriellen Maßstab, aber auch die Schaffung der erforderlichen Infrastrukturen. Die wesentliche Herausforderung für eine langfristige Umstellung auf CO<sub>2</sub>-arme Produktionsweisen liegt aus Sicht der Stahlunternehmen in der ökonomischen Perspektive. Daher muss die Frage gelöst werden, wie CO<sub>2</sub>-arme Produktionsverfahren trotz höherer Kosten gegenüber Ländern ohne vergleichbaren Aufwand wettbewerbsfähig betrieben werden können.



Die Stahlindustrie ist für den Übergang von einer linearen zu einer zirkulären Wirtschaft unverzichtbar. Allerdings hat die Stahlindustrie ihre großen Potentiale bislang nicht umfassend nutzen können, da die Umweltpolitik die **Kreislaufwirtschaft** nicht als integriertes Politikkonzept etabliert hat. Die klassische Umweltpolitik braucht auch deshalb eine Umorientierung, die den Ansprüchen von vernetzten Wertschöpfungsketten Rechnung trägt.